



Elisabeth Bauer, Rudi Sommer, Franz Schindler, Marianne Schieder, Marion Hälsig, Joachim Hanisch, Evi Thanheiser, Alfred Damm und Arnold Kimmerl (von links) gründeten das Bündnis. Foto: szd

Breites Bündnis gegen Studiengebühren

GRÜNDUNG Politiker von SPD, FW, Grünen und ÖDP Parteien haben sich im Landkreis zur Unterstützung des Volksbegehrens zusammengeschlossen.

SCHWANDORF. Politiker verschiedener Parteien haben am Donnerstagabend in Schwandorf ein landkreisweites Bündnis zur Abschaffung der Studiengebühren aus der Taufe gehoben. In der Schwandorfer SPD-Geschäftsstelle trafen sich die Bundestagsabgeordnete Marianne Schieder (SPD), Landtagsabgeordneter Joachim Hanisch (FW), Marion Hälsig, die stellvertretende Landesvorsitzende der FW, SPD-Kreisvorsitzende Evi Thanheiser, Landtagsabgeordneter Franz Schindler (SPD), die beiden Grünen-Kreisvorsitzenden Elisabeth Bauer und Rudi Sommer, der ÖDP-Kreisvorsitzende Alfred Damm und sein Stellvertreter Arnold Kimmerl, um das Bündnis zu gründen.

Die Einschreibefrist für das Volksbegehren läuft vom 17. bis zum 31. Ja-

nuar. Damit es zum Volksentscheid komme, müssten rund 950 000 Stimmberechtigte in dieser Zeit unterschreiben, so Schieder. Joachim Hanisch erklärte, dass die FW vor dem Verwaltungsgericht geklagt hätten, damit das Volksbegehren zugelassen werde. Es werde schwierig werden, knapp eine Million Unterschriften zu sammeln, zumal die Rathäuser nicht verpflichtet seien, die Öffnungszeiten zu verlängern. Es sei unwahrscheinlich wichtig, dass die Rathäuser und Verwaltungen die Öffnungszeiten verlängerten, um auch Studenten die

Möglichkeit zu geben, abzustimmen. Laut Alfred Damm wird das Volksbegehren kein Selbstläufer. Zehn Prozent der Stimmberechtigten stellen eine enorme Hürde dar. Rudi Sommer appellierte an die Bürger, die direkte Möglichkeit, Einfluss zu nehmen nutzen sollten. Durch Studiengebühren würden ärmere Familien benachteiligt. 83 Prozent der Studierenden kämen aus Akademiker-Familien. Es darf nicht sein, dass junge Menschen aufgrund von Gebühren vom Studium ferngehalten würden. Es geht ein Riss durch die Bevölkerung, der gekittet

werden muss, so Sommer abschließend. Franz Schindler erklärte, dass bei einem Wegfall der Studiengebühren 180 Millionen Euro für die Hochschulen dann aus dem Staatshaushalt generiert werden müssten. „Wenn es sich Bayern nicht leisten kann, wer denn dann?“, fragte Schindler. Auch für Evi Thanheiser dürfe das Studieren nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden.

Marion Hälsig zeigte die Unterschiede der Studierenden zwischen dem ländlichen Raum und der Großstadt auf. Erstere müssen Geld für Fahrkosten und Wohnung aufwenden. Es sollen gleiche Bedingungen für alle geschaffen werden.

Für Marion Hälsig, Arnold Kimmerl und Elisabeth Bauer sei es wichtig, dass auch die Kinder einkommensschwächerer Familien aus dem ländlichen Raum die Gelegenheit hätten, zu studieren. Die Masse des Nachwuchses der Zukunft komme aus dem ländlichen Raum. Und hier entstünden höhere Ausbildungskosten. Der ländliche Raum müsse gestärkt werden, dazu trage auch der Wegfall der Studiengebühren bei. (szd)

UNMITTELBARE DEMOKRATIE

- ▶ **Repräsentative Ordnung:** Bayern ist nach der Bayerischen Verfassung eine repräsentative Demokratie, in der der Wille des Volkes durch das von ihm gewählte Parlament ausgeübt wird. Ergänzt wird diese parlamentarisch-repräsentative Ordnung durch mehrere Elemente der unmittelbaren Demokratie.
- ▶ **Per Volksbegehren** kann eine Gesetzesvorlage eingebracht und gegebenenfalls ein Gesetzesbeschluss durch einen Volksentscheid mit einfacher Mehrheit

gefasst werden. Verfassungsändernde Gesetze bedürfen nicht nur der einfachen Mehrheit der Abstimmenden, sondern auch der Zustimmung von mindestens einem Viertel der Stimmberechtigten.

- ▶ **Statistik:** In Bayern wurden nach 1945 18 Volksbegehren und 14 Volksentscheide durchgeführt; elf der Volksbegehren und zwölf der Volksentscheide betrafen zumindest teilweise Verfassungsänderungen.

Quelle: Innenministerium